

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 18. April 2011 - Nr. 91/16 D1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,00 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Brüderle erzürnt über Benzinpreise

enn. BERLIN, 17. April. Nach der jüngsten Debatte über eine höhere Besteuerung von Diesel und die Verunsicherung über den Biokraftstoff E10 wird die Geduld der Autofahrer jetzt wieder auf die Probe gestellt: Unmittelbar vor Beginn des Osterreiseverkehrs ist der Benzinpreis abermals auf das Rekordniveau des Sommers 2008 gestiegen. Superbenzin kostete am Wochenende im Bundesdurchschnitt 1,59 Euro je Liter. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) zeigte sich ungehalten über die hohen Spritpreise vor Ostern. „Angebot und Nachfrage müssen in einer Marktwirtschaft den Preis bestimmen, nichts anderes, auch kein Feiertagskalender“, sagte er der Zeitung „Welt am Sonntag“. Er erwarte vom Bundeskartellamt Aufklärung, die Wettbewerbsbehörde will im Mai eine „Sektoruntersuchung Kraftstoffe“ vorlegen. Davon erhofft sich Brüderle einen „besseren Einblick in die Funktionsweise der Preissetzung im Mineralölsektor“. Das Kartellamt hat indes schon die Erwartungen gedämpft: Es sei schwer, Preisabsprachen zwischen den Mineralölkonzernen nachzuweisen. Der Automobilklub ADAC empfiehlt, sonntags zu tanken. Nach einem aktuellen Preisvergleich kostet ein Liter Super-Benzin an Sonntagen im Durchschnitt 3,4 Cent weniger als an Freitagen. (Siehe *Wirtschaft*, Seite 11.)

Heute

System ohne Volk

In Algerien beklagt die Opposition eine Trennung von Macht und Gesellschaft, Studenten begehren auf. Die Führung versucht, mit Geld das Volk zu beruhigen. **Politik, Seite 3**

Rote Nelke zur Sonnenblume

Nach den Wahlerfolgen der Grünen merkt auch die Linke, dass sie künftig die Ökopartei brauchen wird, wenn sie Machtoptionen haben will. Die Grünen genießen die neue Lage. **Politik, Seite 4**

Aufbruch in Kroatien

Weil die EU die Zusammenarbeit mit dem Jugoslawien-Tribunal der UN verlangt, richtet sich der Zorn vieler Kroaten gegen Brüssel. Nach der Verurteilung Gotovinas wurde überall demonstriert. **Politik, Seite 5**

Fernseher als Smartphone

Die Branche der Unterhaltungselektronik verspricht derzeit viel Optimismus. Es wird ein Wachstum auf der ganzen Welt vorhergesagt. Außerdem heißt es, dass alles zusammenwächst. **Wirtschaft, Seite 15**

Genuss pur in der Oase

Die deutschen Tennis-Damen sind wieder erstklassig – nicht zuletzt dank Anführerin Andrea Petkovic. Das Fed-Cup-Team schaffte in Stuttgart den Wiederaufstieg in die Weltgruppe. **Sport, Seite 23**

Der irre Stadtsoldat

Die Oper „Wozzeck“ von Alban Berg in Berlin: musterhaft inszeniert von Andrea Breth, nuancenreich dirigiert von Daniel Barenboim. Ein Fest der musikalischen Gerechtigkeit. **Feuilleton, Seite 25**

Der Irrweg

Die internationalen Rechnungslegungsregeln IFRS sollten mehr Klarheit und Erkenntnis bringen. Statt klarer Aussagen bringen sie aber nicht mehr als Trends und Einschätzungen. **Der Betriebswirt, Seite 12**

Honecker bei Castro



Herzlichen Glückwunsch! – Als man bei Honecker noch an Erich dachte, gehörte das stundenlange Verlesen von Telegrammen der Bruderparteien zum Ritual kommunistischer Parteitage: Die Genossen gratulierten einander zu ihren Erfolgen auf dem Weg zum Sozialismus. Die fehlen auf Seite 6

den kubanischen Kommunisten. Gut, dass wenigstens ihr Gast Margot Honecker etwas zu feiern hatte: Sie wurde am Sonntag 84 Jahre alte. Tags zuvor durfte sie mit Castro (Raúl) eine Parade abnehmen (unser Bild). Die real existierende Unterdrückung in Kuba: auf Seite 25.

Foto dpa

Handlungsbedarf

Von Gerald Braunberger

Die Nachrichten des Wochenendes legen trotz aller offiziellen Dementis den Schluss nahe, dass der Realismus in die europäische Politik einzieht. Allmählich scheint sie zu akzeptieren, was schon viele Monate offensichtlich gewesen ist: Griechenland braucht eine Umschuldung. Es wird nicht die erste und auch nicht die letzte Neuordnung der Schulden eines Landes sein, das über seine Verhältnisse gelebt und das sich nicht um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft gekümmert hat. Die Techniken einer Umschuldung sind seit Jahrzehnten bekannt. Es bedarf nur des politischen Willens, sie anzuwenden. Der nördlich der Alpen wachsende Unwille der Leute, dauerhaft Steuergelder für die Finanzierung ruiniert Haushalte an der europäischen Peripherie bereitzustellen, sollte die Politik zudem veranlassen, die privaten Gläubiger Griechenlands unbedingt in eine Umschuldung einzubeziehen. Natürlich üben Banken und Versicherungen hinter verschlossenen Türen erheblichen Druck auf die Politik aus, damit sie ungeschoren davonkommt. Aber wer sich mit griechischen

Staatsanleihen verspekuliert hat, der muss selbst die Zeche zahlen. Der Einwand, als Folge einer Umschuldung könnten die Stabilität des Finanzsystems oder des Euro in Gefahr geraten, war vor einem Jahr glaubwürdiger als heute. Es ist sogar möglich, dass die Finanzmärkte die längst erwartete Umschuldung Athens als einen Befreiungsschlag ansehen werden.

Auf der Agenda der Wirtschaftspolitik steht auch die Frage, wie die Welt künftig mit den Ungleichgewichten im internationalen Handel verfahren soll. Hier besteht die Gefahr, dass protektionistische Maßnahmen zunehmen. Aber es ist wichtig, die Verantwortlichen zu benennen: Sie sitzen vor allem in Washington und in Peking. Die amerikanische Geldpolitik flutet nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern über die Geschäfte internationaler Banken die gesamte Welt mit ihrer Währung in einem unverantwortlichen Ausmaß. Das größte und hartnäckigste Ungleichgewicht im bilateralen Handel, das zwischen den Vereinigten Staaten und China, w daneben von der Strategie Pekings befördert, durch Markteingriffe die chinesische Währung künstlich billig zu halten. Eine Korrektur dieser beiden Fehlentwicklungen würde die Debatte über Handelsungleichgewichte entschärfen.

Die SPD im Abseits

Von Majid Sattar

Die SPD versucht wieder einmal ihr Verhältnis zu den Grünen zu klären. In der Vergangenheit hat man dafür gern griffige Formulierungen geprägt. Ministerpräsident Rau spottete einst: „Lieber ein Haus im Grünen als einen Grünen im Haus.“ Am Ende musste er freilich doch der Partei ein wenig Platz am Düsseldorfer Kabinettstisch machen. Der rot-grüne Test in Nordrhein-Westfalen machte später die Bundesregierung Schröder/Fischer möglich, deren Verhältnis Ersterer bekanntlich mit dem Bild vom „Koch und Kellner“ festzuschreiben versuchte. Die Grünen konnte er auf Normalmaß halten, auf der Linken wuchs dafür neue Konkurrenz.

In der Opposition haben SPD und Grüne nach Jahren der Entfremdung, für welche die große Koalition der notwendigen und das schwarz-grüne Bündnis in Hamburg der hinreichende Grund war, seit 2009 wieder zueinandergefunden. Nun wurde das Wort von der „freundschaftlichen Konkurrenz“ in Umlauf gebracht. Seit dem 27. März aber stellt sich die SPD-Führung die Frage, ob es nicht besser wäre, das Adjektiv wieder zu streichen. Die erste grün-rote Landesregierung, die nun in Stuttgart gebildet werden soll, hat die deutsche Sozialdemokratie in den Grundfesten erschüttert.

Das Schönreden des Wahlergebnisses, immerhin hätten es Sozialdemokraten und Grüne geschafft, nach 58 Jahren eine „Regierung jenseits der CDU“ zu bilden, hat die Partei nicht beruhigen können. Auch die nachgeschobene Deutung, das Hoch der Grünen habe konjunkturelle und keine strukturellen Gründe, verfangt nicht. Zwar war von der Atomkatastrophe von Fukushima in den Umfragen die Reihenfolge der Parteien noch „richtig“, wie es in der SPD heißt. Doch wird die Debatte über die Kernkraft Deutschland noch lange beschäftigen. So könnte die Abgeordnetenhauswahl in Berlin in diesem Herbst abermals eine „falsche“ Reihenfolge zum Ergebnis haben. Spätestens dann dürfte die Debatte über richtige und falsche Reihenfolgen ebenso anachronistisch klingen wie Angela Merkels Diktum von schwarz-grünen Hirngespinnsten. Die Spekulationen über die Nominierung eines grünen Kanzlerkandidaten haben jedenfalls dazu geführt, dass das Willy-Brandt-Haus die höchste Gefahrenstufe ausgerufen hat.

Die Genossen haben die Erfahrung gemacht, dass SPD-Plakate mit „Atomkraft, nein danke“-Logos nur Grünen-Anhänger zu den Wahlurnen treiben. Der SPD-Vorsitzende Gabriel setzt deshalb auf eine andere Angst der Deutschen. Die beschleunigte Energiewende wird sich schon bald auf den Rechnungen der Stromkunden niederschlagen. Gabriel will nun plakatieren: Energiewende ja, aber bitte bezahlbar! Der grünen Dagegenpartei soll die SPD eine fortschrittliche, energieeffiziente Infrastrukturpolitik gegen-

überstellen, die moderne Industriearbeitsplätze in Deutschland halten will. So soll die klassische SPD-Klientel, Verbraucher mit kleinem Geldbeutel, bei der Stange gehalten werden. Ob dies am Ende ein Alleinstellungsmerkmal hergibt, ist fraglich. Die Kanzlerin könnte in dem Streben nach einem nationalen Energiekonsens ähnlich argumentieren. Auf anderen Feldern – in der Gesundheits- und in der Steuerpolitik – sucht die SPD ebenfalls die doppelte Abgrenzung von Schwarz-Gelb und Grün, doch dringt sie mit den derzeit nachgeordneten Themen gar nicht erst durch.

Gabriel weiß selbst, dass er mit Programmpapieren nicht die verlorene kulturelle Hegemonie zurückerlangen wird. Wie aber kann die SPD für jene

Grün-Rot im Südwesten hat die Sozialdemokratie in ihren Grundfesten erschüttert.

postideologischen, urbanen Milieus, in denen vor einhalb Jahren oftmals FDP gewählt wurde und nun vornehmlich die Grünen gewählt werden, wieder attraktiv werden? Kulturelle Anschlussfähigkeit wird durch das Image bestimmt, die Träger sind Personen. Der Parteivorsitzende hat 2011 für sich als Jahr der Bewährung ausgerufen. Er wollte der an seiner Charakterfestigkeit zweifelnden SPD beweisen, dass er doch diszipliniert sei, Maß halte und den Ton treffen könne. So sollte sich Anfang kommenden Jahres die Frage nach einem Kanzlerkandidaten von selbst beantworten – zumal Gabriel weiß, was auch Frank-Walter Steinmeier bewus ist: Der Fraktionsvorsitzende mag bei den Deutschen beliebt sein – doch als Kanzler, das haben die Wähler ihm 2009 deutlich mitgeteilt, wollen sie ihn nicht.

Das Problem für Gabriel ist aber, dass unter seiner Führung die SPD in der Wählergunst stagniert, ganz gleich, was sie tut. Er selbst sagt, am Ende müsse derjenige Kanzlerkandidat werden, der die besten Erfolgsaussichten habe. Einiges spricht dafür, dass er verzichtet, wenn die Umfrageergebnisse seiner Partei nicht bald besser werden. Dann könnte er die Kandidatur jemandem antragen, gegen den unter normalen Umständen die SPD-Linke rebellieren würde: Peer Steinbrück zählt – auch ohne Amt – zu den beliebtesten und vertrauenswürdigsten Politikern in der Bevölkerung. Der ehemalige Finanzminister wirkt weit in die politische Mitte hinein und wird deshalb von der Kanzlerin gefürchtet. Er könnte am Ende der einzige sein, der die SPD wieder auf Volkspartei-Niveau hebt und zurück in die Regierung führt. Das ist ein Argument, das alle Gegenargumente schlagen könnte.

IWF und EU wollen Umschuldung Griechenlands vermeiden

Berlin will stärkeren Einfluss der Bundesbank auf Euro-Rettungsschirm

pwe./enn. WASHINGTON/BERLIN, 17. April. Finanzminister und Vertreter der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben auf dessen Frühjahrstagung in Washington ihre Entschlossenheit bekräftigt, eine Umschuldung Griechenlands zu vermeiden. „Derzeit arbeiten wir mit dem vereinbarten Programm“, sagte der Geschäftsführende Direktor des IWF, Strauss-Kahn, zum Ende der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank. Damit es funktionieren, müsse Griechenland das Programm genau erfüllen, und die Europäer müssten in Bezug auf den Krisenmechanismus ihre Hausaufgaben machen. Offiziell wurde bei den Beratungen der G20-Finanzminister in Washington nicht über Griechenland gesprochen. Auf den

Fluren aber war die europäische Schuldenkrise ein großes Thema; die Europäer versuchten, Sorgen der G20-Partner zu dämpfen.

Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) dementierte Meldungen, nach denen sein Haus an Plänen für eine Umstrukturierung der griechischen Staatsschuld arbeite. „Diese Berichte entbehren jeder Grundlage“, sagte er. Die Zeitung „Financial Times“ hatte berichtet, im Finanzministerium werde unter anderem erwogen, dass private Gläubiger griechische Anleihen in Papiere umtauschen könnten, die von der Euro-Zone garantiert würden. Eine solche Lösung entspräche dem Modell der „Brady“-Bonds, mit denen in den achtziger Jahren die lateinamerikanischen Schuldenkrise unter Anleitung des damaligen

amerikanischen Finanzministers Brady gelöst wurde.

Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) setzt sich unterdessen dafür ein, dass die Bundesbank Einfluss auf die Entscheidungen des künftigen Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) nehmen kann. Nach seiner Vorstellung sollte die Bundesbank einen von zwei deutschen Posten im Direktorium des Euro-Rettungsschirms besetzen, der von 2013 an der Rettung überschuldeter Länder wie Griechenland dienen soll. Brüderle erhofft sich von der Präsenz der Bundesbank in dem Gremium einen „wirksamen Sicherungsmechanismus gegen eine vorschnelle Inanspruchnahme des Rettungsschirms“, wie es seinem Haus heißt. (Fortsetzung Seite 2, siehe *Wirtschaft*.)

Tepco will Krise in etwa neun Monaten meistern

Reaktoren sollen mit Abdeckungen gesichert werden / Clinton sichert Hilfe Amerikas zu

P.K. SEOUL, 17. April. Der Betreiber des Kernkraftwerkskomplexes Fukushima, Tepco, hofft, die Krise am Kraftwerk innerhalb von sechs bis neun Monaten bändigen zu können. Der Tepco-Vorstandsvorsitzende Katsumata erläuterte am Sonntag in Tokio, wie das Unternehmen weiter vorgehen will. Unterdessen stieg der Spiegel hochradioaktiven Wassers in einem Schacht in einem der Reaktoren an. Wenn es nicht gelingt, das Wasser abzupumpen, könnte der Schacht überlaufen und das Wasser ins Meer gelangen.

Nach dem Krisenplan von Tepco soll innerhalb der nächsten drei Monate versucht werden, die Menge der austretenden Radioaktivität zu verringern. In den dann folgenden drei Monaten sollen alle Lecks abgedichtet werden. Die Kühlung

der Reaktoren und der Abklingbecken solle in etwa drei Monaten stabil sein. Die beschädigten Gebäude der Reaktoren 1, 3 und 4 sollen mit Hilfe besonderer Abdeckungen gesichert werden. Außerdem hat Tepco einen Plan ausgearbeitet, der die Zukunft der Menschen regeln soll, die wegen des Atomunfalls ihre Wohnungen verlassen mussten. Industrieminister Kaeda forderte das Unternehmen auf, seine Pläne schnell und reibungslos in die Tat umzusetzen. Die japanische Atomaufsichtsbehörde hatte vor kurzem die Schwere des Unfalls von 5 auf 7 heraufgesetzt. Damit steht der Unfall in Fukushima auf einer Stufe mit dem von Tschernobyl.

Tepco teilte weiter mit, die dringendste kurzfristige zu lösende Aufgabe bleibe,

Wasserstoff-Explosionen zu verhindern und hochradioaktives Wasser aus dem Reaktor 2 und seinen Schächten zu entfernen. Tepco hofft, dass bis zum Ende dieser Woche das Wasser in einen Tank gepumpt werden kann, damit die Reparaturarbeiten am Reaktor fortgesetzt werden können. Es ist wahrscheinlich, dass radioaktives Wasser auch in das Grundwasser gelangt. Am Mittwoch waren die Werte der Radioaktivität im Grundwasser unter dem Kernkraftwerk auf das Achtunddreißigfache der Vorwoche gestiegen. Tepco will jetzt das Grundwasser dreimal die Woche untersuchen. Zuvor war das nur einmal pro Woche geschehen. Amerikanische Roboter sollen im Kraftwerk Messungen vornehmen und fotografieren. (Fortsetzung Seite 2, Kommentar Seite 10.)

Proteste in Syrien trotz versöhnlicher Rhetorik

Her. ABU DHABI, 17. April. Die Ankündigung von Staatspräsident Baschar al Assad, den seit 1963 geltenden Ausnahmezustand noch in dieser Woche aufzuheben, hat die Proteste in Syrien nicht eingedämmt. Auch am Sonntag, dem Nationalfeiertag, demonstrierten in mehreren Städten jeweils Tausende. Die größten Kundgebungen wurden aus Daraa sowie aus Homs gemeldet, wo zwei am Samstag getötete Demonstranten zu Grabe getragen wurden. (Siehe Seite 2.)

Frankreich stoppt Zug mit Tunesiern

ROM, 17. April (dapd). Französische Behörden haben nach italienischen Angaben am Sonntag einen Zug der Weiterfahrt an der Grenze verweigert, der tunesische Migranten an Bord hatte. Italien hat kürzlich damit begonnen, Tausenden Tunesiern Aufenthaltsgenehmigungen auszustellen. Nach italienischer Auffassung dürfen sie damit visafrei in europäische Länder reisen. Frankreich kündigte an, nur diejenigen aufzunehmen, die für ihren Unterhalt selbst aufkommen können.

Hamilton siegt vor Vettel FC Bayern gewinnt 5:1

F.A.Z. FRANKFURT, 17. April. Formel-1-Weltmeister Sebastian Vettel hat am Sonntag beim Großen Preis von China den zweiten Platz belegt. Nach zuvor zwei Siegen musste sich der Red-Bull-Pilot aus Heppenheim in Schanghai Lewis Hamilton im McLaren-Mercedes geschlagen geben. Vettel verteidigte aber die Führung in der Gesamtwertung. Der FC Bayern München gewann am Sonntag in der Fußball-Bundesliga 5:1 gegen Bayer Leverkusen. (Siehe *Sport*.)



Briefe an die Herausgeber 8
Sport 19
Stimmen der Anderen 2
Impressum 4

Politische Bücher 7
Deutschland und die Welt 9
Zeitgeschehen 10
Wirtschaft 11

Der Betriebswirt 12
Neue Wirtschaftsbücher 12
Unternehmen 14
Menschen und Wirtschaft 16

Wetter 18
Feuilleton 25
Medien 29
Fernsehen und Hörfunk 29

STREIFZÜGE

Köthen

Eine Straße der deutschen Sprache

Köthen ist erfindungsreich – als Heimat der Homöopathie etwa oder als Karnevalshochburg. In der kleinen Residenzstadt in Anhalt komponierte Bach seine Brandenburger Konzerte. In Köthen, noch immer eine Druckerstadt, entstand der erste deutsche Schulbuchverlag. Sprachbewusste kennen Köthen als Ort der ersten deutschen Akademie der frühen Neuzeit. Der älteste deutsche Sprachverein – im barocken siebzehnten Jahrhundert wollte man unter Gelehrten und Dichtern Deutsch gegenüber Latein stärken – erlebte vor drei Jahren seine Wiedergründung als „Neue Fruchtbringende Gesellschaft“. Ihr Ziel, das Bewusstsein für die deutsche Sprache vor allem unter Jungen zu schärfen, betreibt sie mit einem Schülerwettbewerb, einem Köthener Sprachtag und einem dreitägigen Volksfest der deutschen Sprache. Im Juni findet es wieder rund um das Fürstenschloss statt. Selbst das Unwort des Jahres wurde schon statt wie üblich in Frankfurt im Köthener „Haus der deutschen Sprache“ verkündet.

Nun plant die „Neue Fruchtbringende Gesellschaft“, eine „Straße der deutschen Sprache“ einzurichten. Sie soll in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen durch 25 sprachgeschichtlich bedeutsame Städte führen. Mitteldeutschland prägte das Standarddeutsch: Martin Luther stützte sich mit seiner Bibelübersetzung auf die Meißner Kanzleisprache. In Schleiz zeichnete Konrad Duden die vereinheitlichte Rechtschreibung auf, auf der Burg Falkenstein schrieb Eike von Reggow mit dem „Sachsenspiegel“ das erste deutsche Rechtsbuch, in der Merseburger Dombibliothek liegen mit den „Merseburger Zaubersprüchen“ die ältesten althochdeutschen Sprüche nichtchristlichen Inhalts.

Wenn die „Neue Fruchtbringende Gesellschaft“ mit der „Straße der deutschen Sprache“ nun kulturbewusste Reisende anlocken will – ähnlich wie die „Märchenstraße“ oder die „Straße der Romanik“ das schon tun –, wird sie dabei von Schauspielern und Sängern unterstützt. Beim „Festival der Deutschen Sprache“ in Bad Lauchstädt lesen stets Bühnendarsteller. Die Kammer Sängerin Edda Moser forderte dort, Eltern und Großeltern müssten Kindern wieder Balladen von Goethe vorlesen. ROBERT VON LUCIUS

Heute

Kirche und Geld

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die Kirchen in Deutschland rund 14 Milliarden Euro Staatsgeld erhalten. Das hat die Humanistische Union mitgeteilt. Sie fordert nun ein Ende der Zahlungen. **Politik, Seite 4**

Mit Wilders' Hilfe

Maxime Verhagen verteidigt im Interview, dass er die Christlichen Demokraten der Niederlande in den Bund mit dem Islamfeind geführt hat. Die Geschäftsbeziehung zu Wilders sei korrekt. **Politik, Seite 5**

Gewalt in Ouagadougou

Die Krise in der Elfenbeinküste hat zu einer Zuspitzung der wirtschaftlichen Not in Burkina Faso geführt. Deshalb bekommt Präsident Compaoré die Lage nach der Meuterei nicht in den Griff. **Politik, Seite 6**

Schillerndes Phänomen

Reizthemen und der Ruf nach Volksentscheiden sind Kennzeichen populistischen Verhaltens, das im Mittelpunkt eines Vergleichs zwischen den Niederlanden und Deutschland steht. **Politische Bücher, Seite 7**

„Ich erhebe die Landschaft“

Der Frankfurter Künstler Alexander Luzius Ziermann hat 2506 Auto-Außenspiegel auf einem Lava-Feld Lanzarotes installiert. Kein Vogel wurde in der Luft gebraten. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Neue Form des Charisma

Angela Merkel ist überall. Oder: Die Zeit der Polarisierer scheint in allen Parteien abgelaufen zu sein. Wie sonst wäre zu erklären, dass Olaf Scholz als Kanzlerkandidat gelten kann? **Zeitgeschehen, Seite 10**

Assad gibt sich entgegenkommend

Ausnahmezustand soll in dieser Woche aufgehoben werden / Weiter Proteste

Her. ABU DHABI, 17. April. Die Ankündigung von Staatspräsident Baschar al Assad, den seit 1963 geltenden Ausnahmezustand noch in dieser Woche aufzuheben, hat die Proteste in Syrien nicht eingedämmt. Auch am Sonntag, dem Nationalfeiertag, demonstrierten in mehreren Städten jeweils Tausende Personen. Die größten Kundgebungen wurden aus Daraa sowie aus Homs gemeldet, wo zwei am Samstag getötete Demonstranten zu Grabe getragen wurden. In Damaskus versuchten Jugendliche auf dem Abbasidenplatz einen Sitzstreik. In der Nacht auf Samstag hatten Sicherheitskräfte den Platz gegen mehr als 10 000 Regimegegner verteidigt, die auf ihn vordringen wollten.

Als unzureichend lehnte der prominente syrische Menschenrechtler Haitham Maleh die Assads Ankündigung ab. Neben der Aufhebung des Ausnahmezustands müssten die korrupte Justiz reformiert und die politischen Gefangenen freigelassen werden, forderte der 80 Jahre alte Maleh, der im März aus dem Gefängnis entlassen worden war. Die Sicherheitskräfte dürften sich nicht länger in das Leben der Syrer einmischen. Auch der in den Vereinigten Staaten lebende Dissident Ridwan Ziyadeh sagte, die Aufhebung des Ausnahmezustands allein werde wenig verändern. Das Gesetz über die Geheimdienste lege ausdrücklich fest, dass die Sicherheitskräfte „für jedes im Dienst begangene Verbrechen“ Immunität besäßen.

Anlässlich der Vereidigung des neuen Kabinetts war Assad erstmals auf die Demonstranten zugegangen. Hatte er in seiner Ansprache vom 30. März noch eine Verschwörung des Auslands für die Proteste verantwortlich gemacht, zeigte er sich nun konzilianter. Er hielt seine Rede am Samstag, nachdem sich die Proteste am Freitag erstmals auf das ganze Land ausgebreitet hatten. Assad nannte die mehr als 200 getöteten Demonstranten „Märtyrer“ und sagte, das vergossene Blut schmerze alle Syrer. Er erkannte die Notwendigkeit von Würde, mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit an. Die Sicherheitskräfte sollten sich auf die neue Zeit einstellen, in der Proteste ein Teil des Lebens geworden seien, sagte Assad. Ferner sprach er sich für einen nationalen Dialog mit den Organisationen in Syrien aus, um das „beste Modell“ für Syrien zu finden.

„Gaddafi beschießt Misrata mit Streumunition“

Tripolis weist Vorwürfe von Human Rights Watch zurück / Amerika sucht Exil für Diktator

Her./rüb. ABU DHABI/WASHINGTON, 17. April. Gaddafi-treue Streitkräfte haben Wohnviertel der Stadt Misrata mit Streumunition beschossen. Das berichtet die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“. Waffeninspektoren hätten Funde als Teile von Streumunition identifiziert, teilte die Organisation am Wochenende mit. Streubomben explodieren in der Luft und verteilen dabei große Mengen von Sprengkörpern über weite Flächen, die entweder beim Aufprall oder bei späterer Berührung explodieren. Sie sollen auch bei der Beschließung des zentralen Krankenhauses von Misrata eingesetzt worden sein. Einwohner der Stadt hatten in den vergangenen Nächten über einen „Regen von Munition“ geklagt.

Gaddafis Sprecher dementierte den Bericht. „Moralisch und rechtlich können wir so etwas nicht tun“, sagte er in Tripolis. Libyen ist dem internationalen Vertrag zur Ächtung von Streubomben und Streumunition jedoch nie beigetreten. Sollte der Bericht von Human Rights Watch zutreffen, könnten die gefundenen Munitionsteile in einem Prozess gegen die libysche Führung als Beweis für Kriegsverbrechen benutzt werden. Libyen hatte in den achtziger Jahren im Tschad-Konflikt Streubomben eingesetzt. Die Munition ist international seit August 2010 geächtet.

Während die Rebellen am Sonntag behaupteten, sie stießen in Richtung der Ölstadt Brega vor, näherten sich Gaddafis Truppen, die weiter das Zentrum von Brega kontrollieren, von Süden her der weiter

Eine eigens eingesetzte Justizkommission habe am Donnerstag ihre Arbeit mit Vorschlägen zur Aufhebung des Ausnahmezustands abgeschlossen, sagte Assad. Er erwarte, dass die neue Regierung die Vorschläge in der kommenden Woche in die Tat umsetze. Der Ausnahmezustand hatte den Sicherheitskräften sehr weitreichende Vollmachten gegeben und jegliche Opposition im Keim erstickt. So waren Zusammenkünfte von mehr als vier Personen illegal. Für eine Festnahme bedurfte es nie aufwendigen Verfahrens.

Der Test für die Bereitschaft des Regimes, Opposition zu dulden, wird für kommenden Freitag erwartet. Erste Aufrufe zu Großkundgebungen liegen bereits vor. Assad ließ indes keinen Zweifel, dass es bei „Sabotage“ keine Gnade gegen werde. Assad unterschied zwischen Demonstranten und „Zerstörern“. Die Syrer seien zivilisiert, liebten Ordnung und akzeptierten Chaos nicht, sagte Assad. Die Stabilität habe weiter Priorität, allerdings müsse auch durch Reformen „die innere Front gestärkt“ werden. Der Staatschef forderte das neue Kabinett auf, die Reformen auf den Weg zu bringen und dabei eine „neue Partnerschaft“ mit der Öffentlichkeit zu schaffen. Ferner solle die Regierung Ide-

en für ein Mehrparteiensystem und größere Pressefreiheit erörtern. Eine solche Öffnung würde Syrien, das von der Baath-Partei und den Sicherheitsapparaten kontrolliert wird, grundlegend verändern.

Mit der Ankündigung, den Ausnahmezustand aufzuheben, nahm Assad eine Kernforderung der Protestbewegung auf. Nur am Rande ging er dagegen auf die Bekämpfung der Korruption ein. Geschäftsleute im Umfeld Assads können sich bereichern, da sie von Wettbewerb abgeschottet werden. Assad sagte dazu am Samstag lediglich, Korruption sei eine Bedrohung der Moral und gefährde die Entwicklung. Der Präsident gab zu, dass die Perspektivlosigkeit zu Verzweiflung führe. Die weltweite Wirtschaftskrise habe jedoch gezeigt, dass die Rolle des Staats wieder wichtiger geworden sei, sagte Assad.

Kurz vor dem Beginn seiner vom Staatsfernsehen übertragenen Ansprache fand in Baniyas das Begräbnis eines Mannes statt, der seinen Schusswunden erlegen war. Daran beteiligten sich mehr als 10 000 Menschen. Ebenfalls am Samstag demonstrierten in Baniyas 1000 Frauen. Sie skandierten: „Wir wollen nur Freiheit!“



Jetzt Reformen: Assad erteilte am Samstag dem neuen Kabinett Anweisungen. Foto Reuters

östlich gelegenen Stadt Adschdabija. Ein Sandsturm hinderte Flugzeuge der Nato daran, Angriffe gegen Stellungen der Truppen Gaddafis zu fliegen. Diese bombardierten am Wochenende auch das Industrieviertel von Misrata, vor allem die Nahrungsmittelfabriken.

Die amerikanische Regierung sucht intensiv nach einem Land, das Gaddafi Asyl gewähren würde. Wie amerikanische Medien am Wochenende unter Berufung auf ranghohe Regierungsmitarbeiter berichteten, konzentriert sich die Suche auf Staaten in Afrika. Sie wird durch den Umstand erschwert, dass Gaddafi wegen des von ihm veranlasseten Anschlags auf ein amerikanisches Passagierflugzeug über der schottischen Ortschaft Lockerbie mit 270 Toten von 1988 und vermutlich auch wegen der jüngsten Geschehnisse in Libyen vom Internationalen Strafgerichtshof in

Den Haag angeklagt werden dürfte. Etwa die Hälfte der Staaten Afrikas hat das Römische Statut des Strafgerichtshofs nicht unterzeichnet und ist damit nicht verpflichtet, Angeklagte nach Den Haag auszuliefern. Gaddafi hat mehrmals bekräftigt, er werde bis zum letzten Blutstropfen in der Hauptstadt Tripolis kämpfen und sein Heimatland nicht verlassen.

Unterdessen wurde bekannt, dass der frühere spanische Ministerpräsident Aznar in New York vor Studenten gesagt hat: „Gaddafi ist ein extravaganter Freund, aber er ist ein Freund.“ Aznar kritisierte zudem die Luftangriffe der Nato. Gaddafi habe zuletzt den Kampf des Westens gegen den Terror unterstützt. Der spanische Ministerpräsident Zapatero sagte, als ehemaliger Regierungschef dürfe Aznar die Entscheidungen des spanischen Parlaments nicht auf diese Weise kritisieren.

Tausende Frauen demonstrieren gegen Salih

SANAA, 17. April (dpad). Hunderttausende Jemeniten haben am Sonntag wieder gegen Präsident Salih demonstriert. Dabei ging es auch um Äußerungen Salihis, die als frauenfeindlich empfunden wurden. Der Staatschef hatte am Freitag in einer Rede erklärt, das gemeinsame Demonstrieren von Männern und Frauen gegen die Regierung verstoße gegen islamisches Recht. Mehr als 100 000 Demonstranten gingen daraufhin in der Stadt Tais auf die Straße,

um die Äußerungen zurückzuweisen. Zehntausend weitere Personen kamen in den Städten Ibb, Aden, Schabwa und andernorts zu Protestmärschen zusammen. Auffällig war die große Zahl von Frauen, die sich an diesem Wochenende unter die Demonstranten mischten. Organisatoren der seit Wochen anhaltenden Jugendproteste äußerten die Hoffnung, der Aufstand der Frauen sei „der letzte Sargnagel“ für Salihis Herrschaft.

STIMMEN DER ANDEREN

Vernunft und Geduld

„Le Monde“ (Paris) kommentiert die Militärintervention gegen das Regime Gaddafis:

„Diese vier Jahrzehnte unter dem dienstältesten Despoten Afrikas und des Nahen Ostens haben Libyen und die Libyer in ein Leichentuch des Schweigens eingehüllt, das gerade erst aufgerissen wurde. Bisher wusste man kaum etwas über das wirkliche Leben in Libyen. Der Aufstand in den nordafrikanischen Land gehört ebenso wie die Bewegungen in Tunis und Kairo zum ‚arabischen Frühling‘. Diese Bewegungen sind sehr viel mehr als ein Feuerwerk, das rasch erlischt. Gaddafi wird der Bewegung auf Dauer nicht entkommen. Doch der Weg bis zum Ziel dürfte steinig sein. Möglicherweise werden Kompromisse gefunden werden müssen, wie ein Dialog zwischen Gegnern und Anhängern Gaddafis. Nötig sind jetzt Vernunft, Geduld und Hoffnung.“

Unterlassene Hilfeleistung

Die Zeitung „Schleswig-Holstein am Sonntag“ geht auf die Haltung Deutschlands zu dem Konflikt ein:

„Was muss eigentlich noch passieren, damit die Bundesregierung bereit ist, sich militärisch an einer humanitären Intervention in Libyen zu beteiligen? Die deutsche Enthaltung zur Libyen-Resolution im Welt Sicherheitsrat wirkt jedenfalls immer mehr wie unterlassene Hilfeleistung. Gaddafis Einsatz von Streubomben, von dem Menschenrechtsorganisationen und Geheimdienste berichten, verändert den Blick auf die Kämpfe in Libyen. Erinnerung an den Kosovo-Krieg werden wach. Damals entschloss sich eine rot-grüne Bundesregierung zur deut-

lichen Beteiligung an der Nato-Intervention, weil niemand dem Völkermord tatenlos zusehen wollte. Nichts anderes aber passiert in Libyen.“

Gespaltene Europa

„Corriere della Sera“ (Mailand) blickt auf Europa:

„Gespaltene ist es in der Libyen-Frage, auch was die Migranten aus Nordafrika angeht oder die Verschuldung und die Politik für ein Wirtschaftswachstum. Mühsam versucht Europa dabei, die neue Realität zur Kenntnis zu nehmen: Es wird vielleicht nicht immer so sein, aber heute erscheint es doch leichter, Asien und Südamerika auf einen Nenner zu bringen als die beiden Seiten der Alpen.“

Diese Wende wird teuer

Die „Lausitzer Rundschau“ (Cottbus) beschäftigt sich mit der künftigen Energiepolitik:

„Windräder, Netzausbau, neue Kraftwerke – die Energiewende wird teuer werden. Und die soziale Frage nach der Bezahlbarkeit von Energie und Strom für Hartz-IV-Empfänger ... oder für die Wirtschaft stellt sich gleich mit. Zur Wahrheit gehört freilich auch, dass noch gar nicht klar ist, wie sich die Kosten entwickeln werden. Weil noch niemand weiß, wie schnell der Atomanstieg gehen soll, wie viele Kraftwerke tatsächlich abgeschaltet bleiben und auf welche Weise die regenerativen Energien ausgebaut werden sollen. Auf der anderen Seite ist auch noch nicht klar, welche neuen Chancen sich eigentlich durch die Energiewende für viele Unternehmen, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ergeben.“

Nicht nur auf die Atomkraft blicken

Der „Reutlinger General-Anzeiger“ geht auf einen anderen Aspekt ein:

„Wichtig ist aber noch etwas anderes: Wenn wir eine echte klimafreundliche Energiewende wollen, dann dürfen wir unseren Blick nicht allein auf die Atomkraft verengen, die aktuell nur 24 Prozent zur Stromerzeugung beiträgt, während die Klimakiller Kohle und Öl zusammen auf 48 Prozent kommen. Noch bedeutsamer sind die Energiesektoren Verkehr und Raumwärme, die hier gar nicht berücksichtigt sind. Das heißt: Eine echte Energiewende muss auch auf Strategien zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung setzen.“

Sorgfalt vor Schnelligkeit

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ mahnt:

„Es ist gut, dass Kanzlerin Merkel bei der Energiewende aufs Tempo drückt. Doch es wäre vermessend, in nur wenigen Wochen ein Gesetzespaket schnüren zu wollen, das der riesigen Herausforderung gerecht wird. So schrecklich Japans Atomkatastrophe ist: Sorgfalt und Augenmaß gehen vor Schnelligkeit. Schließlich hat der Energiemärkte der Zukunft eine verlässliche, sichere und bezahlbare Stromversorgung zu garantieren. Einem reinen Aktionismus darf die Kanzlerin nicht folgen, sonst droht ein energiepolitischer Kurzschluss. Der Industriestandort Deutschland sollte durch eine Energiewende gestärkt und nicht gefährdet werden. Zudem haben die Wähler ein Recht, seriöse Zahlen darüber zu bekommen, was die Energie-Revolution den Verbraucher und Steuerzahler kosten soll.“

Anwalt und Ärzte in Bahrein verhaftet

Regime geht weiter hart gegen Kritiker vor / Razzien

Her. ABU DHABI, 17. April. In Bahrein sind weitere Regimekritiker verhaftet worden. Mehr als zwei Dutzend maschierte Sicherheitskräfte in Uniform und in Zivil nahmen den bekannten Anwalt Muhammad al Tadschir bei einer nächtlichen Razzia in seinem Haus fest. Weder ihm noch seiner Familie teilten sie einen Grund für die Festnahme mit. Der Aufenthaltsort Tadschirs ist unbekannt.

Der Jurist war einer der wichtigsten Verteidiger der politischen Dissidenten. Zu seinen Mandanten gehört Hassan Mushaima, der Vorsitzende der Haq-Partei, welche die Umwandlung Bahreins in eine Republik fordert. Tadschir hatte auch die 23 meist jugendlichen Angeklagten vertreten, die bei den Protesten im August und September 2010 festgenommen und des Terrorismus angeklagt worden waren. Am 23. Februar 2011 wurden sie auf freien Fuß gesetzt. Einige wurden im März wieder festgenommen. Die Sicherheitskräfte beschlagnahmten Computer, Mobilfunkgeräte und andere Gegenstände aus dem Haus Tadschirs. Sie nahmen ihm die Schlüssel

der Anwaltskanzlei ab, die er in Manama mit anderen Anwälten betreibt.

Zuvor nahmen die Sicherheitskräfte zwei Ärzte fest. Insgesamt sind damit in den vergangenen Wochen allein 19 Mediziner verhaftet worden. Acht von ihnen sind in der vergangenen Woche „verschwinden“. Auch die Familie von Sadeq Abdullah, der zuletzt festgenommen wurde, hatte am Sonntag keine Kenntnis von dessen Aufenthaltsort. Der Chirurg Abdullah praktiziert im Krankenhaus Salmaniya, wo während der Proteste die meisten verletzten Demonstranten behandelt worden waren.

Die bahreinische Führung hat am 15. März das Kriegsrecht verhängt und es noch nicht wieder aufgehoben. Vor einer Woche hatte die Regierung nach einer Intervention von Washingtons den Antrag zum Verbot der größten Oppositionspartei, der Wifaq, zurückgezogen. Die Wifaq hatte bei der vorigen Wahl zum Schura-Rat im vergangenen Jahr die Mehrheit der Stimmen erhalten, wegen der Ziehung der Wahlkreisgrenzen aber nur 18 der 40 Mandate.

Fortsetzung von Seite 1

Diskussionen über Griechenland

Die Stimmen aus Deutschland zu einer Umschuldung der Kredite für Griechenland klingen jedoch nicht mehr harmonisch. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hoyer, sagte Ende vergangener Woche der Nachrichtenagentur Bloomberg, eine Umschuldung wäre keine Katastrophe. Wenn Griechenlands Gläubiger Gespräche mit der Regierung als hilfreich erachteten für eine Restrukturierung der Schulden, dann würde Deutschland das unterstützen. Der griechische Finanzminister Papaconstantinou erklärte vor Journalisten, eine Umschuldung „sei weder die Position Deutschlands, noch Griechenlands noch der beteiligten anderen Institutionen. Punkt.“ Griechenland werde seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Das Land hatte vergangene Woche Privatisierungen beschlossen, mit denen 50 Milliarden Euro erlöset werden sollen.

Die Debatte um eine Umschuldung privater Ansprüche an Griechenland vermischt sich mit den Bemühungen, die Laufzeit der von anderen EU-Staaten und vom IWF an Griechenland gewährten Kredite zu verlängern. Das kommt ökonomisch einer Umschuldung der Staatsschuld gleich. Der Fonds hält nach einem Bericht des Wall Street Journals die Schuldsituation in Griechenland intern für untragbar und strebt eine Laufzeitverlängerung auf bis zu 30 Jahre an. Die Zeitung beruft sich auf infor-

mierte Quellen. Der IWF dementierte, dass er eine Umschuldung der gesamten griechischen Staatsschuld inklusive der privaten Gläubiger empfehle.

Dem Fonds steht freilich der Beschluss bevor, dem Beispiel der Europäischen Staats- und Regierungschefs vom März zu folgen und die Laufzeit seines Kreditanteils an dem Rettungspaket zu verlängern. Dabei würde die Zinsbelastung der griechischen Regierung verringert. Der Fonds hatte sich dazu auf Biten Griechenlands schon im Dezember bereit erklärt. Das derzeitige kurzfristige Anpassungsprogramm für Griechenland würde damit in eine ausgedehnte Kreditvereinbarung (Extended Fund Facility, EFF) umgewandelt, wie sie schon Irland im vergangenen Jahr erhalten hatte. Bei neuen Kreditauszahlungen hätte Griechenland damit zehn Jahre Zeit für die Rückzahlung, für schon ausgezahlte Kredite bliebe die Frist von fünf Jahren bestehen. Formal ist auch die in Europa beschlossene Laufzeitverlängerung von drei auf sieben Jahre noch nicht umgesetzt.

Papaconstantinou stellte klar, dass der offizielle Staatssektor eine solche Laufzeitverlängerung machen könne, aber für den privaten Sektor sei dies nicht dasselbe. Sollte Griechenland die Rückkehr an den Kapitalmarkt 2012 nicht schaffen, so bleibe immer noch als Rückhalt der vorläufige Euro-Rettungsschirm EFSF, sagte der Minister.

Fortsetzung von Seite 1

Tepco gibt sich neun Monate Zeit

Regierungssprecher Edano besuchte am Wochenende erstmals nach der Katastrophe die Präfektur Fukushima und sicherte allen denen, die durch die Atomkatastrophe ihre Bleibe verloren haben die Unterstützung der Regierung zu.

Die amerikanische Außenministerin Clinton hat bei einem Besuch in Tokio am Sonntag den Arbeitsplan von Tepco begrüßt. Sie empfahl eine Zusammenarbeit der japanischen Fachleute mit amerikanischen und internationalen Experten. Frau Clinton sagte auch weitere Unterstützung aus den Vereinigten Staaten für den Wiederaufbau nach Erdbeben und Tsunami zu. Dabei sind nach neuesten Berechnungen 13 705 Menschen ums Leben gekommen. Weiterhin werden mehr als 14 000 Personen vermisst. Sie sei sicher, dass Japan sich erholen und weiter eine starke Wirtschaftsmacht mit Weltgeltung sein würde, sag-

te Frau Clinton dem japanischen Ministerpräsidenten Kan. Kan versicherte, Japan werde nie die Hilfe der Vereinigten Staaten vergessen. Seit der Katastrophe waren mehr als 20 000 amerikanische Soldaten in Japan im Einsatz. Der japanische Außenminister Matsumoto versprach Frau Clinton umfassende Information über die Atomkatastrophe.

Die amerikanische Außenministerin wurde auch von japanischen Kaiserpaar empfangen. Dabei drückte sie ihr Mitgefühl mit den Opfern der Katastrophe in Japan aus. Sie brach mit dem Protokoll, indem sie das Kaiserpaar statt mit der üblichen tiefen Verbeugung mit einem Küsschen und einem Händeschütteln begrüßte. Präsident Obama war nach seinem ersten Besuch in Japan zuhause dafür kritisiert worden, dass er sich tief vor dem Kaiser verbeugt hatte.

Selbstverständnis erschüttert

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert die Verteilung des kroatischen Generals Ante Gotovina für Kriegsverbrechen:

„Das Urteil der Richter am UN-Kriegsverbrechertribunal ist für Kroatien ein harter Schlag. Es rüttelt an einem Grundpfeiler der durch den Zerfall Jugoslawiens entstandenen Republik und erschüttert das kroatische Selbstverständnis zutiefst. Aus Zagreber Sicht hat das Land zu Beginn der neunziger Jahre einen gerechten und legitimen Verteidigungskrieg gegen den serbischen Aggressor geführt. In dieser Sichtweise ist Goto wie eine Zagreber Zeitung schreibt, das Symbol des kroatischen Sieges über den serbischen Aggressor. Ähnlich wie in Serbien wird auch in Kroatien von vielen das UN-Tribunal als eine politische Instanz betrachtet. Es wäre höchste Zeit, dass sich Zagreb mit den düsteren Seiten der jüngsten Vergangenheit ernsthaft auseinandersetzt.“

Kriegsprozess notwendig

Die „Lübecker Nachrichten“ widmen sich der SPD:

„Mit der bisher zur Schau gestellten Unbekümmertheit sollte es vorbei sein. Nach Analyse der Meinungsforscher wissen viele Wähler nicht, wofür die SPD steht. In Hamburg setzt Olaf Scholz auf solide Finanzen. In NRW will Hannelore Kraft Schulden machen, bis das Verfassungskonflikt einschreitet. Für und gegen Rente mit 67, für und gegen Stuttgart 21, ja und nein zum Libyen-Einsatz. Zu vielem sagt die SPD vielerlei. Zweieinhalb Jahre vor der Bundestagswahl ist es an der Zeit, den Klärungsprozess anzuschließen.“